

Eine Krise wie noch nie

August Gächter, 2016-05-07

Inhalt

1. Die Krise und ihre Wahrnehmung	2
2. Die acht Perioden im Einzelnen	3
3. Die Verschärfung der Krisen.....	5
4. Die Verkürzung der Aufschwünge	5
5. Die Formung von Erwartungen, die Berechtigung von Befürchtungen	7
6. Krisensymptome	8
7. Die verschwiegene Krise.....	10
Literaturangaben.....	12

Kurzfassung

Die seit 2008 fast durchgängig bestehende Wachstumskrise ist ein Novum für die Zeit seit 1945. Das gilt insbesondere für die vier aufeinander folgenden Jahre (2012 bis 2015) mit Wachstum unter einem Prozent. Dieses seit Generationen nicht da gewesene Phänomen wird in seinen Auswirkungen bisher zu wenig gewürdigt. Die logische Folge sind Zukunftsängste in immer größeren Teilen der Bevölkerung, die dadurch verstärkt werden, dass dieser wirtschaftlichen Entwicklung politisch keine adäquate Aufmerksamkeit geschenkt zu werden scheint, sondern stattdessen quasi an Nebenfronten – sei es die Einwanderung, seien es Richtungsstreitigkeiten innerhalb oder zwischen Parteien – die Tatkraft gebunden wird.

1. Die Krise und ihre Wahrnehmung

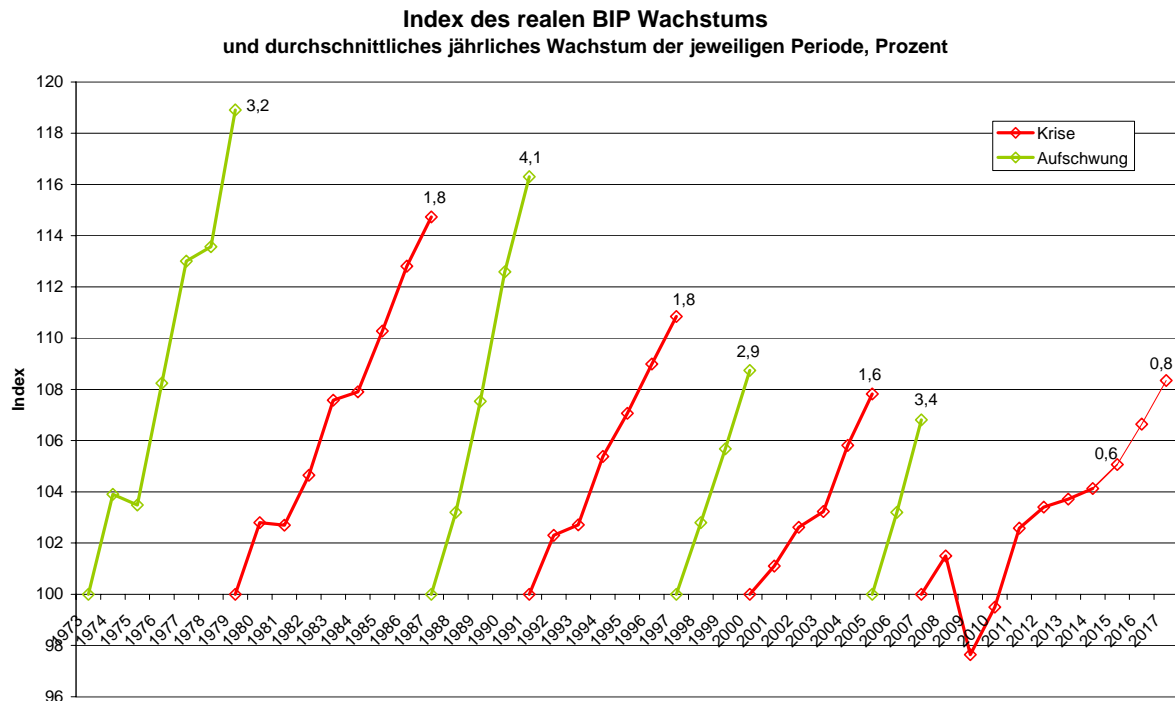
Damit die Arbeitslosigkeit sinkt, ist in Österreich in der Regel ein reales Wirtschaftswachstum von etwa 2,5% pro Jahr erforderlich. Solche Wachstumsraten waren früher die Regel, sind gegenwärtig aber seltene Ausnahmen.

Die Beschäftigung wächst auch bei geringeren Wachstumsraten, was ein Grund ist, weshalb es ein Irrtum wäre, aus dem gleichzeitigen Ansteigen von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf Verdrängungsprozesse zu schließen.

Die Geschichte der Wirtschaftskrisen nach 1945 beginnt im Jahr 1979. Es ist eine Geschichte der negativen Steigerungen. Jede der vier seitherigen Krisen hat in Summe weniger Wachstum mit sich gebracht als die vorherige. Doch nicht nur das, auch die Aufschwünge dazwischen brachten immer weniger Wachstum mit sich (siehe Abb. 1). Im Vergleich zur gegenwärtigen sind in früheren Krisen sozusagen noch immer die Bäume in den Himmel gewachsen.

Da es eine Krise wie die gegenwärtige seit Generationen nicht gegeben hat, fehlt die Erfahrung für den Umgang damit, von einem Rezept zu ihrer Lösung ganz zu schweigen. Es fehlt sogar die Fähigkeit, die Dauer und Tiefe der Krise überhaupt wahrzunehmen. Sie ist das Faktum, dem wir uns stellen müssen, statt Nebenfronten zu inszenieren. Aufgrund der fehlenden Erfahrung besteht Ratlosigkeit, sowohl in der Bevölkerung als auch in den Ministerien, bei den Sozialpartnern und ihrem akademischen Umfeld. Das verleitet leicht zu Wunschdenken und zur Konzentration auf Sündenböcke.

Abb. 1



Daten: Bundesanstalt Statistik Österreich, Eurostat; Berechnungen Gächter.

2. Die acht Perioden im Einzelnen

Da stets etwa 2,5% reales Wachstum des BIP erforderlich waren, um die AMS-Arbeitslosenrate zu verringern, wurde dies als Schwelle zur Unterscheidung zwischen Aufschwung- und Krisen-jahren herangezogen.

Von 1960 bis 1974 gab es kein Jahr mit Wirtschaftswachstum unter 2,5%.

Im Dezember 1973 ereignete sich der erste Ölpreisschock. Die Folgejahre wurden seinerzeit als krisenhaft erlebt, von den sechs Jahren 1974 bis 1979 waren aber nur zwei wachstumsschwach, nämlich 1975 mit -0,4% und 1978 mit 0,5%. Die übrigen vier wiesen reale Wachstumsraten von 3,9% bis 4,7% auf. In Summe betrug das reale Wachstum 18,9% bzw. durchschnittlich 3,2% pro Jahr.

Krise 1: 1979 folgte der zweite Ölpreisschock. 1980 bis 1987 war die erste schwache Phase, aber auch da wuchs die Wirtschaft in zwei Jahren um 2,8% (1980, 1983), in zwei Jahren um über 2% (1985, 1986), in zwei Jahren um über 1,5% (1982, 1984) und stagnierte in einem (1981, -0,1%). Im Verbund der acht Jahre wuchs die Wirtschaft um real 14,7% bzw. um durchschnittlich 1,8% pro Jahr.

1988 bis 1991 waren vier stärkere Jahre. Die Wirtschaft wuchs real um 3,2% bis 4,7%, in Summe um 16,3% bzw. um durchschnittlich 4,1% pro Jahr.

Krise 2: 1992 bis 1997 wuchs die Wirtschaft neuerlich nur relativ langsam. In den sechs Jahren gab es nur eines mit Wachstum über 2,5% (1994, 2,6%), eines über 2% (1992, 2,3%), drei über 1,5% und eines mit nur 0,4% (1993). In Summe wuchs die Wirtschaft um nur 10,8% bzw. um durchschnittlich 1,8% pro Jahr.

1998 bis 2000 folgten drei Jahre mit Wachstum über 2,5%, aber unter 3%, in Summe ein Wachstum um 8,7% bzw. um durchschnittlich 2,9% pro Jahr.

Krise 3: 2001 bis 2005 folgten fünf Jahre, von denen nur eines 2,5% (2004) erreichte, während die anderen zwischen 0,6% und 1,9% dahin dümpelten. Insgesamt ergab sich ein Wachstum um 7,8% bzw. um durchschnittlich 1,6% pro Jahr.

2006 und 2007 folgten zwei Aufschwungsjahre mit 3,2% und 3,5%, zusammen 6,8% oder durchschnittlich 3,4%.

Krise 4: 2008 begann die jetzige Krisenphase. Das Muster, dass jede Krise die bis dahin ärgste war, setzt sich in ihr fort. Besonders gravierend ist diesmal die lange, fast ununterbrochene Dauer. Seit 2008 gab es ein einziges Jahr, in dem die Wirtschaft um real mehr als 2% wuchs (2011, 3,1%). Dem ging ein Jahr voraus, in dem sie um -3,8% schrumpfte (2009), die einzige nennenswerte Rezession seit 1945. In den anderen Jahren betrug das Wachstum zwischen 0,3 (2013) und 1,9% (2010). Es hat noch nie zuvor vier aufeinander folgende Jahre mit Wachstum unter 1% gegeben, 2012 bis 2015, wobei 2015 gegenwärtig noch ein Prognosewert ist. Die Prognosen für 2016 und 2017 lauten auf 1,5% bzw. 1,6% (Eurostat 2016-05-03). In Summe beträgt das Wachstum 2008 bis 2014 nur 4,1%, bis 2015 nur 5,1%, und bis 2017 nur 8,3%. In den acht Jahren 2008 bis 2015 wuchs das BIP real um durchschnittlich 0,6% pro Jahr, in den zehn Jahren bis 2017 um 0,8%.

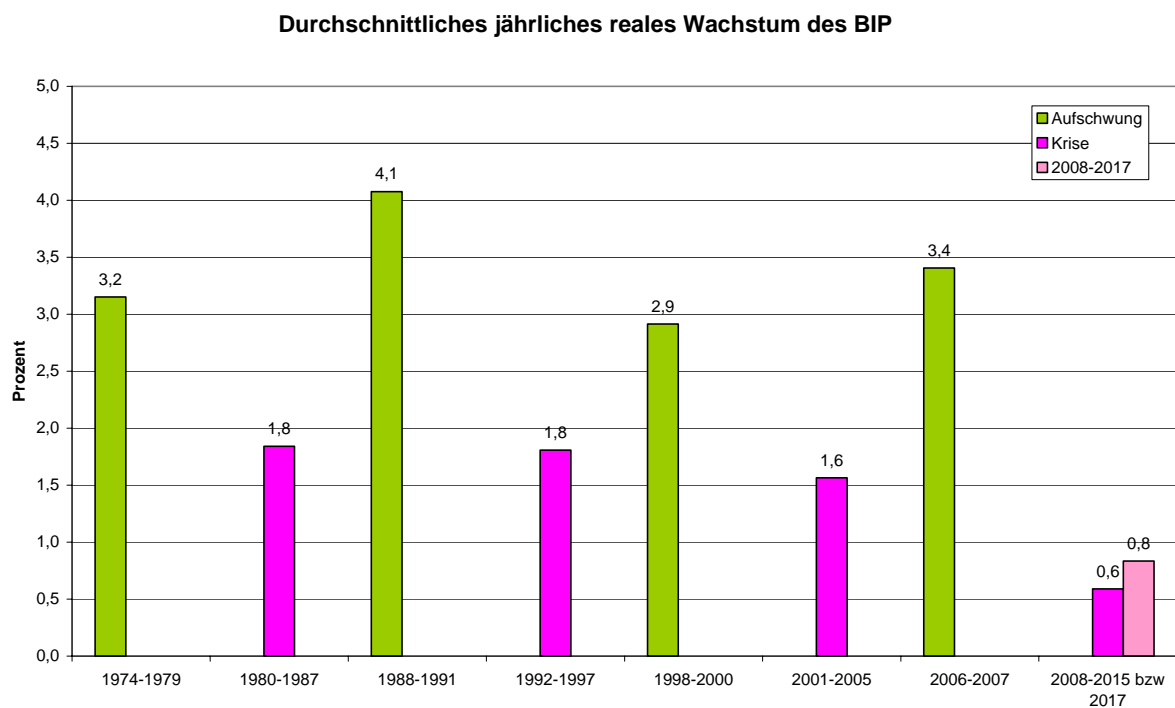
Die Messung des BIP (bzw. BNE) hat sich über die Jahre geändert und zwar so, dass rückwirkende Korrekturen des Wirtschaftswachstums stets Erhöhungen mit sich brachten. Die Wachstumsraten bis Anfang der 1990er Jahre wären daher mit heutiger Messmethode noch etwas höher ausgefallen.

3. Die Verschärfung der Krisen

Die durchschnittliche, jährliche, reale Wachstumsrate des BIP in den Krisenperioden ist gesunken. In der ersten Krise, 1980 bis 1987, betrug sie noch 1,8% und ebenso in der zweiten Krise, 1992 bis 1997, aber in der dritten Krise, 2001 bis 2005 lag sie bei nur mehr 1,6% und in der aktuellen, seit 2008 anhaltenden bis 2015 bei dramatisch niedrigen 0,6% bzw. unter Einbeziehung der Prognosen für 2016 und 2017 bei nur gerade 0,8% (Abb. 2).

Die Wachstumsraten während der Aufschwünge haben sich dagegen nicht dramatisch verändert. In drei der vier günstigen Perioden lagen sie zwischen 2,9% und 3,4%, auch in den letzten beiden Aufschwüngen, nur zwischen 1988 und 1991 sogar bei 4,1% (Abb. 2).

Abb. 2



Daten: Bundesanstalt Statistik Österreich, Eurostat; Berechnungen Gächter.

4. Die Verkürzung der Aufschwünge

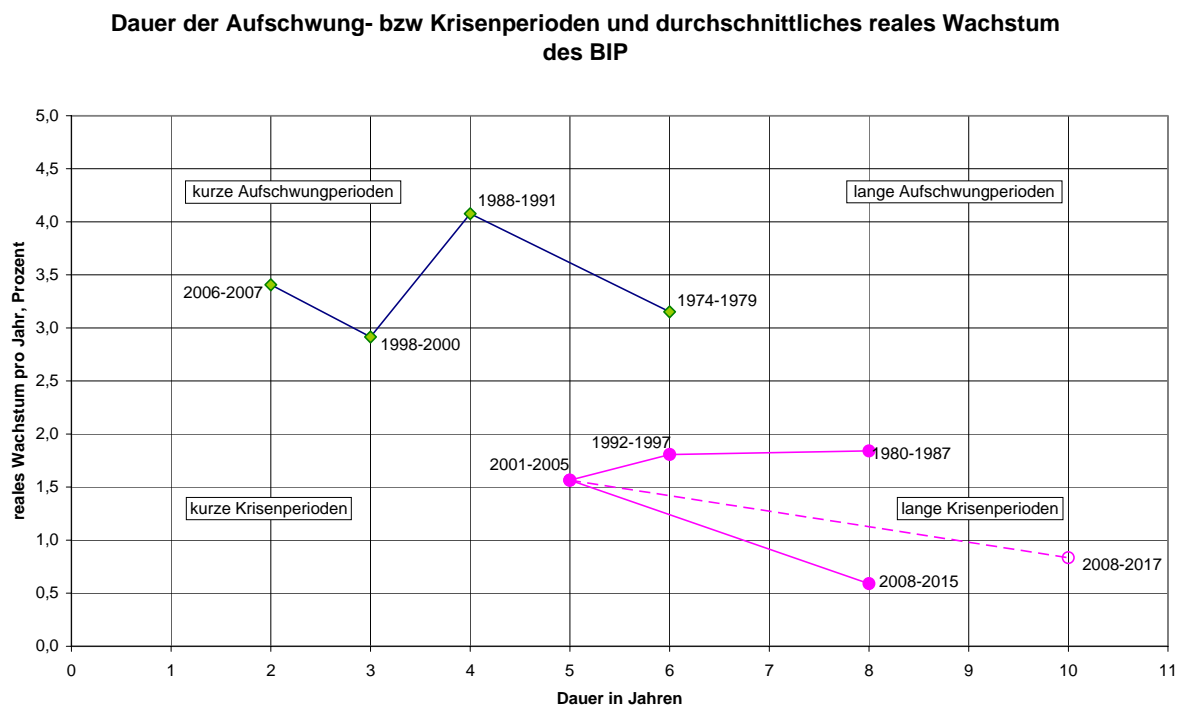
Die Aufschwungsperioden wurden aber immer kürzer, wodurch jede weniger ertragreich wurde als die vorangegangene. In Abbildung 3 sind das durchschnittliche jährliche Wachstum und die Dauer der jeweiligen Episode gegeneinander aufgetragen. Aus der Perspektive der Wohlstandssteigerung wären wünschenswert, möglichst viele Punkte in der rechten oberen und möglichst

wenige in der rechten unteren Ecke des Diagramms zu haben. Aufschwungsperioden würde man sich rechts oben, Krisenperioden links unten wünschen. Leider ist in den vergangenen Jahrzehnten das Gegenteil der Fall gewesen.

Verfolgt man die vier Aufschwungsperioden in der oberen Hälfte des Diagramms, dann sieht man, wie rasch sie sich von der Mitte nach links bewegen, sich also vom Wunschbereich entfernen.

Auch die Krisen wurden zunächst kürzer, aber während sich die Aufschwungsphasen von 6 auf 2 Jahre verkürzten, schrumpfte die Dauer der Krisen von 8 auf 5 Jahre (Abb. 3). Die Krisen waren stets länger als die vorangegangenen Aufschwünge. Ein scharfer Bruch mit der Verkürzungstendenz ergibt sich, wenn man die Periode seit 2008, trotz des Aufschwungsjahrs 2011, als durchgängige Krise betrachtet. Dann sind bis 2015 bereits acht Krisenjahre zusammengekommen, und werden es bis 2017 zehn sein, sodass diese Phase im Diagramm tief im unerwünschten Bereich rechts unten zu liegen kommt.

Abb. 3



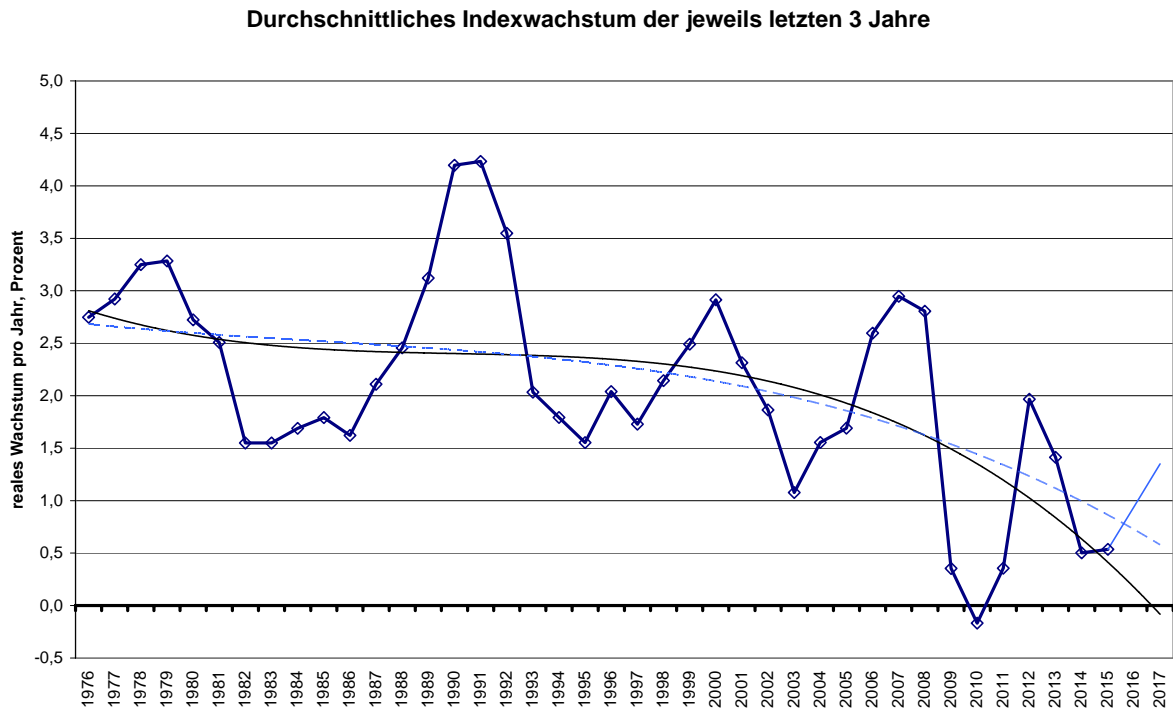
Daten: Bundesanstalt Statistik Österreich, Eurostat; Berechnungen Gächter.

5. Die Formung von Erwartungen, die Berechtigung von Befürchtungen

Nehmen wir an, die Erwartungen bzw. Befürchtungen der Öffentlichkeit formten sich nicht aufgrund des Wirtschaftswachstums in einem einzelnen Jahr, sondern aufgrund des Eindrucks aus den letzten drei Jahren und aufgrund der Einordnung der letzten drei Jahre im längerfristigen Trend. Abbildung 4 zeigt die dementsprechenden Erwartungen im jeweiligen Jahr. Im Verlauf der letzten 40 Jahre werden dabei zwei Dinge deutlich sichtbar. Das eine ist, dass die Konjunktur immer kuzatmiger wurde. Die Spitzen 1979 und 1991 lagen noch zwölf Jahre auseinander, dann vergingen neun Jahre bis 2000, dann sieben bis 2007, dann nur mehr vier bis 2012. Kurzatmigkeit ist für sich genommen kein Problem, sondern könnte sogar wünschenswert sein. Wenn die Wirtschaft sich statt in langgezogenen Zyklen in raschen Vibrationen bewegte, wäre das ein bedeutender Schritt in Richtung gleichmäßigen Wachstums. Die Planbarkeit nähme zu, die Risiken wären geringer, und zwar für die privaten Haushalte genauso wie für die Unternehmen und die öffentlichen Haushalte. Die Kurzatmigkeit ging aber nicht mit einer Verflachung des Konjunkturverlaufs einher. Es wurden nicht Vibrationen daraus, sondern die Amplitude der Auf- und Abschwünge blieb im Bereich von 1,5 bis 3,5 Prozentpunkten. Planungs- und Investitionsschemata, die von längeren Zyklen ausgingen, wurden dadurch fatal. Die Kurzatmigkeit scheint auf diese Weise die Ankündigung eines Absturzes geworden zu sein, denn das ist, was folgte.

Die ausgezogene (kubische) Trendkurve (Abb. 4) zeigt, wie sich die jeweils aktuell verstrichene Dreijahresperiode in den Gesamtverlauf bis 2015 einfügt. Während dem Trend nach das durchschnittliche jährliche Wachstum zwischen Mitte der 1970er und Mitte der 1990er Jahre, also während der ersten 20 der 40 Jahre, die wir beobachten, um rund 0,5 Prozentpunkte geringer wurde, ist es in den zweiten 20 Jahren um mehr als 1,5 Prozentpunkte geringer geworden. Unter 2,5% gesunken war es bereits in den 1980er Jahren und unter 2% in der ersten Hälfte der 2000er Jahre, aber zwischenzeitlich ist es auf 0,5% gefallen. Der zunächst noch eher moderate Rückgang des Wachstums hat sich in jüngerer Zeit in einen Absturz verwandelt.

Abb. 4



Daten: Bundesanstalt Statistik Österreich, Eurostat; Berechnungen Gächter.

Die Beschleunigung des Abwärtstrends in den letzten zehn Jahren sieht zweifellos furchterregend aus. Die ausgezogene Trendlinie in Abbildung 4 sagt bereits für 2017 eine schrumpfende Wirtschaft voraus. Wenn man strikt bei der Annahme bleibt, die Befürchtungen der Öffentlichkeit beruhen auf der bisherigen Erfahrung, dann gibt dieser Absturz samt der negativen Erwartung für 2017 und darüber hinaus die aktuelle Stimmung in der Bevölkerung wieder. Lockert man diese strikte Annahme und lässt Hoffnung zu in dem Sinn, dass die gegenwärtigen Prognosen für 2016 und 2017 ebenfalls auf die Zukunftserwartungen der Bevölkerung wirkten, dann ergibt sich in Abbildung 4 die strichlierte Trendlinie. Sie verläuft zwar flacher und der Absturz der letzten zehn Jahre beschleunigt sich weniger rasch, aber er beschleunigt sich weiterhin, ohne dass sich eine Trendwende abzeichnete, und die rationale Erwartung für das Jahr 2016 (und auch für 2017) ist dann dennoch, dass es schlimmer werden wird, und zwar immer schneller immer schlimmer. Über sich auch weiterhin ausbreitende Zukunftsängste sollte man sich daher nicht wundern.

6. Krisensymptome

Beobachtbar ist zunächst, dass die Erwartungen nach unten hin angepasst werden. Ende April 2016 wurden EU- bzw. Eurozonen-Arbeitslosenraten von April 2009 bzw. August 2011 als „ro-

sig“ verglichen, weil im März 2016 erstmals die Arbeitslosenraten wieder niedriger lagen (red/ag 2016).¹ Der Standard brachte diesen Vergleich am selben Tag überhaupt als Aufmacher und titelte in derselben Sache auf Seite 18 „Konjunktur: Eurozone gibt klares Lebenszeichen“, weil von Eurostat für das 1. Quartal 2016 für die EU real 1,6% (Österreich 1,3%) gegenüber dem Vorjahrsquartal angenommen werden. Natürlich freut man sich nach vier Jahren mit weniger als 1% Wachstum, wenn es 1,3% sind, aber das ist noch immer nur die Hälfte dessen, was üblicherweise für eine Senkung der AMS-Arbeitslosenrate nötig wäre. Es könnte zwar diesmal, wegen der bereits langen Dauer des Wachstums nahe Null, sein, dass die Betriebe so sehr abgespeckt haben, dass bereits kleine Wachstumsschübe die Nachfrage nach Arbeitskraft hochschnellen lassen, aber wenn, dann vermutlich nur auf Probe, denn das Vertrauen, dass aus 1,3% in absehbarer Zeit 3,3% werden, ist zweifellos nicht gegeben. Die Anpassung der Erwartungen geschieht nicht reflektiert. Eine Rezession würde selbstverständlich Aufmerksamkeit erregen, aber solange immer ein bisschen Wachstum vorliegt, bemerkt kaum jemand, dass es schon ungewöhnlich lange immer nur ein Bisschen ist. Schleichend stellt sich Gewöhnung ein mit all den Folgen, die das für die Fähigkeit hat, sich Fragen über die Folgen einer derartigen Krise zu stellen und das Ziel eines nennenswerten Aufschwungs überhaupt noch für möglich zu halten.

Der Arbeitsklimaindex steht so niedrig wie schon seit mehr als einem Jahrzehnt nicht. Vor allem im Vergleich zwischen Frühling 2015 und Frühling 2016 war der Rückgang stark und zudem breit gestreut über alle Teile der Bevölkerung (SORA 2016a).

In den Umfragen nach der ersten Runde der Bundespräsidentenwahl 2016 zeigte sich bei der Hoferwählerschaft eine markant negativere Wahrnehmung der Veränderungen der Republik als bei den anderen. Die Hoferwählerschaft zeigte sich nicht nur als unzufrieden, sondern als verärgert (SORA 2016b), also als bereits höchst ungeduldig:

1. 45% der Hoferwählerschaft gaben an, mit der Bundesregierung „gar nicht zufrieden“ zu sein, während es bei anderen Kandidatinnen und Kandidaten maximal 13% waren.
2. 78% der Hoferwählerschaft gaben an, Österreich habe sich „negativ entwickelt“, während es bei anderen Kandidatinnen und Kandidaten maximal 48% waren.
3. 48% der Hoferwählerschaft „stimmen sehr zu“, dass „der Präsident die Regierung entlassen soll, wenn er meint, dass nichts weitergeht“, während es bei anderen Kandidatinnen und Kandidaten maximal 27% waren.

¹ Unter dem Titel „Kaum noch Arbeitslose in Tschechien“ berichtete der Artikel eine Eurostat Arbeitslosenrate von 4,1% für Tschechien. Es erscheint zweifelhaft, dass derselbe Titel auch gewählt worden wäre, wenn die 4,1% für Österreich gegolten hätten.

4. 63% der Hoferwählerschaft gaben an, der Politik gegenüber insgesamt „verärgert“ zu sein, während es bei anderen Kandidatinnen und Kandidaten maximal 28% waren.

Es handelte sich um 1210 von SORA bzw. ISA am Wahltag (25.4.) Befragte. Die zweitnegativste Meinung wurde von der Grisswählerschaft angegeben, im ersten der vier Punkte statistisch gesehen gleichauf mit der Wählerschaft von van der Bellen. Auch die halbjährlichen Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission mit jeweils rund 1000 Befragten in Österreich, zuletzt im November 2015, liefern ein vergleichbares Bild (Laczynski 2016).

Es griffe zu kurz, nur zu zeigen, dass es der Mittelschicht heute nicht erkennbar schlechter geht als vor zehn Jahren. Das ist kein hinreichender Grund, einer Regierung weiterhin Vertrauen zu schenken. Von Hobbes her muss man sich bewusst sein, dass zumindest Teile der Bevölkerung Gehorsam nur jenen schenken werden, von denen sie sich geschützt fühlen (Anter 2012: 27). Wenn sie sich heute weniger geschützt fühlen als vor vier Jahren, dann hilft es nichts, wenn es ihnen gleich gut geht wie damals, denn jetzt fürchten sie um die Zukunft. Heinz Bude hat auf den Kontrast zwischen der heutigen Situation und jener vor zehn Jahren hingewiesen: „Für viele ist nicht mehr klar, in welchem Teil der gesellschaftlichen Mitte sie sich befinden, und noch unklarer ist, wo die eigenen Kinder landen werden. ... Dabei ist die ökonomische Lage der Gesellschaft in Deutschland oder Österreich gar nicht so schlecht“ (Bude/Mayr 2016). Es geht nicht um die Lage und ihre messbare Veränderung, sondern um Befürchtungen für die Zukunft, um Verlustängste. Diese werden umso größer je weniger die gewählten und nicht gewählten Verantwortungsträger ihre Ursache zu verstehen scheinen.

7. Die verschwiegene Krise

Das wirtschaftliche Problem ist das geringe Wachstum, aber das politische Problem ist der Umgang mit dem geringen Wachstum. Statt von der wirtschaftlichen Krise zu reden, wurde in Österreich im Frühling 2016 ein Diskurs über einen flüchtlingsbedingten Notstand begonnen. Die Flüchtlinge abzuhalten, verringert zwar kurzfristig die Belastung des AMS und der Mindestsicherung, hilft aber den inländischen Beschäftigungslosen in keiner Weise. Dasselbe gilt für die im AMS heftig und in Teilen der SPÖ in Ansätzen geführte Debatte über die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Ungarn und den anderen EU-Mitgliedsstaaten 2004 und 2007. Angesichts des Schweigens über die Tiefe der Krise ist zu befürchten, dass es sich dabei um Sündenbockdebatten handeln könnte, oder aber dass sie Anzeichen fehlenden wirtschaftlichen Sachverstands sind, und dass ihnen eine Verkennung der realen Ursachen des Unwillens in der Bevölkerung zugrunde liegt.

Dass die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger nach vier Jahren geringsten Wachstums nicht über die Tiefe der Wirtschaftskrise informiert zu sein scheinen und sie nicht kommunizieren, kann nicht folgenlos bleiben. So ist mit Vertrauensschwund zu rechnen, und damit auch mit Verlust von Autorität, von Macht, von Durchsetzungsfähigkeit, also von Konsensmöglichkeiten, nicht nur gegenüber der Wählerschaft, sondern auch innerhalb der Koalition, der Sozialpartnerschaft und sogar der eigenen Organisation.

Wenn die Regierungsspitzen die jetzige Situation als Krise bezeichnen, dann würde das signalisieren, sie sehen das Problem, sie wissen es zu benennen und haben damit einen ersten Schritt getan, es zu bannen. Sie würden damit auch eine Barriere gegen andere Erklärungen der Situation errichten. Die Diskussion könnte sich dann auf die Lösungen konzentrieren, wobei auch nach den Ursachen gefragt werden sollte.

Die Krise bloß als Krise anzuerkennen, könnte aber zum Bumerang werden. Es klänge zu sehr nach etwas zeitlich Begrenztem, und damit nach Hoffnung machen, wo das – angesichts der Erfahrung aus den letzten zwei Jahrzehnten (Abb. 4) – kurzfristig nicht glaubwürdig sein kann. Das könnte von der Öffentlichkeit als bewusste Täuschung aufgefasst werden. Sich damit zu begnügen, den Niedergang zu verwalten, wäre aber zu wenig. Dafür dürfte man sich keinen Zuspruch erwarten. Vielmehr wäre es nötig, die bisherige und künftige Dauer der Krise und ihre kurzfristige Ausweglosigkeit anzuerkennen und jetzt auf eine Zukunft nach der Krise zu fokussieren, auch wenn sie erst in zehn Jahren kommen sollte, und für deren Vorbereitung zu mobilisieren, und zwar nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern viel breiter im Sinne jener Neuerfindung der Gesellschaft, für die nach 1918 nie Zeit war. Die im Ausdruck „Krise“ liegende Hoffnung hat sehr wohl ihre Berechtigung, aber im aktuellen Fall nicht innerhalb von wenigen Jahren. Richtig eingesetzt eignet er sich dazu, den Eindruck zu bekämpfen, die jetzige Schwäche sei keine Krise, sondern eine Verschlechterung für immer und ewig. Dieser Eindruck, sollte er sich festsetzen, könnte schon kurzfristig fatale Auswirkungen haben.

Eher konterintuitiv erscheint es daher, wenn in dieser Lage die öffentliche Debatte von Innen- und Verteidigungsministerium dominiert wird. Eine Drehung der Erwartungen ins Negative kann zwar durchaus eine Steigerung der Sicherheitsrisiken mit sich bringen, aber es geht ja eigentlich um Zukunftsängste. Dass sie generalisiert und auf alle Aspekte der Gegenwart umgelegt werden, ist psychologisch nicht unplausibel, aber dass die Wirtschaftspolitiker in der Regierung und deren Umfeld sich nicht angesprochen zu fühlen scheinen, ist weniger plausibel. Deren Antwort kann auch nicht einfach sein, es handle sich um ein größeres, rein national kaum beeinflussbares Phänomen. So zutreffend das sein mag, wirft es nur die Frage auf, warum öffentlich wahrnehmbare, europaweit wirksame Initiativen zwar von den Sicherheitsministerien ausgehen, nicht aber vom

Wirtschafts- und dem Arbeitsministerium. Der an sich passende Rahmen wäre auch vielleicht weniger die EU als vielmehr die OECD, aber Initiativen innerhalb der OECD erzeugen im Allgemeinen wenig Öffentlichkeit und tragen daher wenig zu einer Fokussierung der Aufmerksamkeit auf die realen Ursachen der Zukunftsängste bei. Wenn es um eine Wirkung in diese Richtung geht, wird wohl doch ein anderes, politischeres Format nötig sein als die OECD.

Literaturangaben

Anter, Andreas (2012) Theorien der Macht; Junius.

Bude, Heinz / Mayr, Peter (2016) „Österreich kann sich nicht alleine retten“; Der Standard 2016-03-12 Seite 12.

kats (2016) „Die Frustration der Österreicher ist groß.“ Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass Vertrauen in die EU auch angesichts der Flüchtlingskrise sinkt; Wiener Zeitung 2016-04-05 Seite 10.

Laczynski, Michael (2016) Stimmung für Protestwahl so günstig wie nie; Die Presse 2016-04-30 <http://diepresse.com/home/politik/eu/4978901/Stimmung-fur-Protestwahl-so-gunstig-wie-nie>, 2016-05-01.

red/ag (2016) Kaum noch Arbeitslose in Tschechien; Die Presse 2016-04-30, Seite 16.

SORA (2016a) Arbeitsklima Index stürzt ab: Index auf Zwölfjahrestief. Nur mehr 54% sehen wirtschaftliche Zukunft optimistisch <http://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/arbeitsklima-index-stuerzt-ab-715.html>, 2016-05-06.

SORA (2016b) Negative Sicht auf die Entwicklung Österreichs und hohe Unzufriedenheit mit der Regierung <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bpw16.html>, 2016-05-06.